



STANDPUNKT

DR. RAINER DULGER

Wir Unternehmer haben viel Vertrauen in die Bundesregierung verloren

Ein starkes Land kann es nur mit einer starken Wirtschaft geben – das habe ich den politisch handelnden Personen in den vergangenen Jahren immer wieder deutlich gemacht. Doch auch nach zwei Jahren Ampel-Regierung steht viel zu wenig auf dem Lieferschein der Bundesregierung. Anstatt einer gemeinsam Fortschrittspolitik bekommen wir Partei-Politik vom ideologischen Reißbrett serviert.

Entscheidende Standortfaktoren wie die Energieversorgung, eine leistungsfähige Infrastruktur und ein gutes Bildungssystem haben sich erheblich verschlechtert. Die überbordende Bürokratie und die immer weniger leistungsfähige Verwaltung hemmen die private Initiative. Das Gewürge um das Heizungsgesetz und das komplizierte Ergebnis stehen beispielhaft dafür.

Während der Pandemie und des Energiepreis-Schocks überschütteten die Regierungen das Land mit Subventionen. Auf die Subventionitis des Doppel-Wumms folgt jetzt der Kater. Es gibt viel Gerede, viele öffentliche Auseinandersetzungen innerhalb der Regierung – nur substanzielle Politik zur Verbesserung der Rahmenbedingungen leistet die Ampel-Regierung nicht.

Die Politik muss den marktwirtschaftlichen Prinzipien endlich wieder folgen, anstatt der Wirtschaft und Bevölkerung mit moralischer Überhöhung zu begegnen. Klimaziele erreicht man nicht mit Planwirtschaft – und die Kostenexplosion in unserem Sozialstaat ist nur mit Reformen zu stoppen. Einen ideologiegetriebenen Vollkasko-Staat können wir uns nicht mehr leisten.

Wir brauchen auf allen Ebenen einen Digitalisierungsschub und einen schnellen Bürokratieabbau. Ein Beispiel ist die Durchführungsbestimmung für den

Sozialreport für größere Unternehmen. Die ist so dick wie das Berliner Telefonbuch.

Auf dem Arbeitsmarkt brauchen wir endlich echte Anreize, um den Wert von Arbeit zu steigern – mehr Netto vom Brutto! Das Nichtstun zu fördern, entzweit die Gesellschaft und ist angesichts des demographischen Wandels verantwortungslos. Wir brauchen mehr Arbeit – und keine Rente mit 63. Stattdessen muss die Politik Anreize schaffen – etwa durch Steuererleichterungen –, um für älteren Menschen die Arbeit auch über das Rentenalter hinaus attraktiv zu gestalten.

Mein Fazit: Zu den Aufgaben einer Regierung gehört es, in herausfordernden Zeiten realistische Lösungen aufzuzeigen, kompromissfähig zu sein und Zuversicht zu verbreiten. Hierbei versagt diese Regierung leider auf ganzer Linie.

Als Arbeitgeberpräsident sage ich aber auch: Wir dürfen uns nicht ambitionslos und träge mit dieser Situation abfinden. Diese fast schon bedrückende Ratlosigkeit muss durchbrochen werden. Wir brauchen eine Politik der Realitäten. Wir Arbeitgeber reichen der Regierung gerne die Hand dafür.

Es grüßt Sie herzlich,

*Ihr Dr. Rainer Dulger
Arbeitgeberpräsident*